

allen Realien sindet. An Stelle des reinen Männerrechtes wird das Menschenrecht treten.

Abg. Marx (Benz.) sprach sich gegen einen Antrag der Deutschen Nationalen aus, wonach von 12 Geschworenen mindestens sieben Männer sein müssten und den Frauen das unbedingte Ablehnungsrecht gegeben werden sollte.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) und die Abg. Frau Wackwitz (Komm. Arbeitsgemeinschaft) sprachen sich ebenfalls für die Vorlage aus. Der Antrag, daß mindestens ein Schöffe ein Mann sein muß, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Von der Annahmeplätsche des Schöffens- und Geschworenenamtes werden die Schämmers und Krankenpflegerinnen ausgeschlossen. Das Gesetz wurde in zweiter und in unmittelbarem Anschluß daran in dritter Lesung angenommen.

Sodann wurde ein Gesetz zur Ausbedeutung des Schaumweinergesetzes und zur Änderung des Weinsteuergesetzes, durch die der Schaumwein der übrigen Weinsteuer unterworfen wird, in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung dagegen wurde zurückgestellt. In allen drei Lesungen angenommen wurde ein Antrag auf Sicherung der ärztlichen Versorgung bei der Krankenkasse (statt ärztlicher Behandlung sollen gegebenenfalls Vorleistungen gewährt werden). Zur dritten Lesung angenommen wurde der vorläufige Handelsvertrag mit den Königreichen der Serben, Kroaten und Slovenen. Alsdann sah man die zweite Lesung des

Haushalts des Reichsministeriums des Innern

fort. Die Abg. Frau Drausfeld (Benz.) erklärte, die uneheliche Mutterchaft untergrabe den in der Verlassung ausdrücklich festgelegten Familiengedanken. Wenn auch auf Seiten des Mannes vielfach die größte Schuld liege, so bedeutet die uneheliche Mutterchaft doch im Volksempfinden einen Anfall, und dieses Volksempfinden müssen wir erhalten.

Abg. Frau Müller-Ottendorf (Deutsch.) erklärte, die Antragstellerin Frau Bueli wolle dadurch den ersten Schritt zur grundsätzlichen Gleichberechtigung der unehelichen und der verheirateten Mutter tun. (Burzus von links: „Das wollen wir!“) Die Annahme dieser Entschließung könnte dazu führen, daß die weiblichen Beamten nach und nach vollständig verdrängt werden. Zu erwogen wäre, ob bei der Revision des Disziplinarrechtes nicht auch die Entlassung der Beamten vorzusehen ist, die Väter unehelicher Kinder sind. (Hier rief der Abg. Dr. Weiss dazwischen: „Dann werden sie alle entlassen!“ Große Heiterkeit.) Wir rechnen nicht die Hand dazu, die Familie zu untergraben, schloß die Rednerin. (Beifall rechts, Bärn links.)

Die Abg. Frau Schröder (Soz.): Sie (zur Rechten gewandt) wollen die unehelichen Mütter verdammen und ihr Kind zum Ende zweiten Angesetzen machen. Wir wollen nicht uneheliche Kinder züchten, sie sind aber da und dürfen nicht verhungern. Sie aber (nach rechts) wollen die wahre Unstimmigkeit großziehen. Das ist Lüge und Schielei.

Die Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) legte folgende Entschließung vor: „Bei der Entlassung weiblicher Beamten und Hilfskräfte auf Grund unehelicher Mutterchaft oder dem Auschluss solcher Hilfskräfte von der Beförderung aus dem gleichen Grunde ist der § 10 des Beamtengelehrtes in einseitiger Weise auf die weiblichen Beamten angewandt worden. Der Reichstag fordert, daß in gerechter Anwendung dieses Paragraphen an Männer und Frauen der Einzelfall daraufhin geprüft werde, insoweit eine Verleugnung der öffentlichen Amtung vorliege, deren der Beamte zu seiner Ausschüttung bedarf.“ — Die Rednerin begründete diese Entschließung in längeren Darlegungen.

Die Abg. Frau Remis (U.-Soz.) bedauerte, daß jetzt die Praxis darauf hinzußieße, daß die uneheliche Mutter einfach auf die Strafe steige.

Die Abg. Frau Wende (D. Volksp.) sprach sich im Sinne der Eingänge des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten aus, die die Disziplinierung wegen unehelicher Mutterhaft von Hall zu Hall regeln will. — Nachdem noch die Abgeordneten Frau Reinhaus (Benz.), Frau Drausfeld (Bz.) und Frau Schuh (Soz.) in dieser Angelegenheit gesprochen hatten, erklärte der

Abg. Marx (Benz.): Ich habe namens meiner Freunde Widerspruch zu erheben gegen die Art, wie von der Kirche dieses Hauses eine christliche Institution, die seit Jahrhunderten besteht (Bärn links) behandelt wird. Wir lassen die Scheiße bei keinem (Beifall rechts).

Abg. Frau Bueli (Soz.): Was von mir gesagt worden ist, ist viel mehr christliche Weltanschauung als was wir von anderen Seinen gehört haben. Wir tragen das Christentum praktisch hinaus. Sie (zum Bemerkung und zur Rechten gewandt) über es in der Kirche. — Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Hierauf wurde über einen Antrag des Abg. Dr. Mumme (Deutsch.) verhandelt, der dahin ging, zur Förderung der studentischen Wirtschaftshilfe 10 Millionen Mark in den Haushalt einzustellen.

Das Anwachsen der Teuerung.

über 150 Proz. Mehrkosten als im Vorjahr.

Eine halbamtliche Feststellung hebt hervor, daß die Teuerungsentwicklung nach einer kurzen Verlangsamung gegen Ende des Monats Februar im Monat März weiter stark zugenommen hat. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindex (Vergleich zu einer Friedensziffer von 100) für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats März auf 2302 gestiegen. Gegenüber Februar (1989) sind die Lebenshaltungskosten um 15,7 Prozent gestiegen, gegenüber Januar dieses Jahres um 10,4 Prozent, gegenüber dem Monat März des Vorjahrs um 15,5 Prozent.

Angelaht gleich stark wie die Gesamtausgaben sind im Berichtszeitraum die Ernährungskosten gestiegen, deren Indexziffer für den Durchschnitt des Monats März 3152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 15,6 Prozent, gegenüber März 1921 eine Erhöhung von mehr als 165 Prozent des damaligen Standes. An dieser Steigerung haben fast ausnahmslos alle Lebensmittel teil.

Weit mehr noch als Ernährungs- und Gesamtkosten haben die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im Durchschnitt des Monats März gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die im März eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten war im Gegensatz zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutend wie in mittleren und Kleinstädten.

Wie es war und wie es heute ist.

Dem hannoverschen Kürter wurde fürstlich eine auf Grund eines langjährig geführten Wirtschaftsberedes aus dem Jahre 1914 angeleitet vergleichende Übersicht zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um einen Haushalt ohne Kinder, und ungewöhnliche Ausgaben (z. B. aus Anlaß von Krankheiten) sowie sogenannter Luxus sind nicht in Betracht gezogen. Es muß ferner hervorgehoben werden, daß für 1914 wirklich gemachte Ausgaben angegeben sind, während die Zahlen für die Gegenwart lediglich nach den inzwischen wieder weit überholten Preisen der letzten Wochen errechnet sind. Die Zahlen, von denen wir nur einige wiedergeben, sprechen eine überzeugende Sprache als lange theoretische Betrachtungen.

Es wurden ausgegeben: für Niere im Jahre 1914 600 Mark — heutige Preis 1200 Mark; für Steuern 473 — heute 4200; für Gas 100 — heute 2000; für elektrische Beleuchtung 60 — heute 500; für Postgebühren 43 — heute 866; für Nasen- und Gastrhenn 24 — heute 540; für Zigarren 125 — heute 3200; für Bier 140 — heute 2450; für Hirschgeld 360 — heute 4500; für Straßenbahn 12 — heute 240; für Herrenkleidung (Anzug, Hut, Stiefel, Überzieher usw.) 218 — heute 4475; für Damenkleidung 384 — heute 4290; für Fleisch 285 — heute 6000; für Brot 68 — heute 2225; für Eier, Milch und Butter 183 — heute 2622; für Kartoffeln 20 — heute 7200; für Zunder 30 — heute 800; für Kasse 240 — heute 8400; für Fleisch Gemüse 50 — heute 1500; für Obst 50 — heute 900; für Mehl 12 — heute 750; für Seife 14 — heute 390 usw.

Die Gesamtausgaben des Haushalts betragen 4721 Mark. Demgegenüber standen Einnahmen in Höhe von 7888 Mark, so daß ein Überschuss von 3167 Mark verbleibt. Die entsprechenden Ausgaben würden heute 86277 Mark betragen. Da die Einnahmen nur 46800 Mark betrugen, würde, wenn der Haushalt genau so geführt werden sollte wie 1914, ein Überschuss von 39477 Mark ergeben. Die Lebenshaltung in einem betreffenden Haushalt — es handelt sich um eine Beamtenfamilie — hat also gegen die Vorriegszeit fast um die Hälfte eingeschränkt werden müssen!

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.

Berlin, 6. April.

Auf der dritten Bundesversammlung des Deutschen Beamtenbundes, die in Berlin heute ihren Anfang nahm, hob der 1. Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes hervor, daß gerade in diesen Tagen die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Beamtenchaft von größter Wichtigkeit sei. Der erste Bundesvorsitzende Flügel betonte, der gewerkschaftliche Charakter des Deutschen Beamtenbundes müsse erhalten bleiben. In der Frage des Beamtenstreits erwartete die Öffentlichkeit eine klare Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes. Der Redner er-

klärte: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein deutscher Beamter, er möchte denn politisch oder sonst völlig verantwortet sein,

die sichtbare Waffe des Beamtenstreits

anders anzuwenden willens sein könnte als im Zustande äußerster Notwehr.“ Jeder Beamtenstreit berge die Gefahr des Verlustes der Beamtengrundrechte in sich. Das Beamte als letztes Mittel zum Streit greifen, seines nur möglich bei einfauster Bedrohung ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte und bei ernsthafter Gefährdung ihrer Existenzmöglichkeit. Der Beamtenbund sei bereit, in gemeinsamen Fragen mit den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzugehen. Unbedingt Voraussetzung für die Zusammenarbeit sei aber die Wahrung der parteipolitischen Neutralität des Deutschen Beamtenbundes und seine organisatorische Selbständigkeit. Das Vertrauen des Beamtenbundes müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Das Besoldungsgesetz bedürfe einer neuen gesunden Grundlage.

Neueste Meldungen.

Die Liquidationsfrage in Oberschlesien.

Berlin. Wie verlautet, wollen die Polen in Gess in der oberschlesischen Liquidationsfrage folgenden Ausgleichsvorschlag machen, der angeblich Ausblick haben soll, von Deutschland angenommen zu werden. Die in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie, ihre Betriebsräte, ihre Aktien, ihre Anteile usw. bleiben (vorbehaltlich des Falls der „Sabotage“) für 15 Jahre von jeglicher Liquidation in irgendeiner Form bestreit. Ähnliches soll in den Großgrundbesitz gelten. Doch ist man über die Grenze zwischen großem und kleinem Besitz noch nicht einig.

Der deutsche Gesandte für Warschau.

Berlin. Die polnische Regierung hat ihre Zustimmung zur Ernennung des bisherigen Gesandten des Reiches in Georgien, Ulrich Rauscher, der deutscher Gesandter in Warschau werden soll, erteilt.

Die Eisenbahnamt in Polisch-Oberschlesien.

DA Katowitz. Die Antikriegs-Kommission hat an die Eisenbahndirektion in Katowitz eine Anordnung erlassen, wonach es den Eisenbahnamt streng verboten ist, einstweilen ihre Posten zu verlassen. Zwischen Vertretern des polnischen und deutschen Verkehrsministeriums werden zur Zeit Verhandlungen geführt, die den vorläufigen Verbleib der Eisenbahnamt in Polisch-Oberschlesien betreffen und die einen befriedigenden Verlauf nehmen.

Ein politisches Todesurteil.

DA Mons (Belgien). Der Belgier Jeannes, der sich vor dem Schwurgericht in Mons wegen Denunziation der englischen Krankenpflegerin Miss Edith Cavell bei den deutschen Okkupationsbehörden zu verantworten hatte, ist zum Tode verurteilt worden.

Italia darf nach Ungarn zurück.

DA Budapest. Aufgrund eines Vermittlungsbürokrates, der seitens des Kardinal-Kurstifters Eze noch bei dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen unternommen wurde, lädt die Regierung mittleren, daß sie gegen eine Rückkehr des Königs Alfonso und des Erzherzogs Otto nichts einzuwenden habe, im übrigen aber an der bisher in der Königsfrage verfolgten Politik festzuhalten gesonnen sei.

Angora zum Wasserschlund bereit.

Konstantinopel. Die Antwort der Regierung von Angora über die Vorschläge der Verbündeten betreffend den Wasserschlund enthält die Annahme des Vorschlags der Entente unter der Bedingung, daß die Räumung Smyrnas sofort beginnen wird, so daß sie in vier Monaten beendet sein kann.

Amerika wählt seine russischen Interessen.

Washington. Amtlich wurde mitgeteilt, daß, wenn auf der Konferenz von Genf ein Abkommen über die Bündelung der auswärtigen Schulden Russlands getroffen werde, die amerikanische Regierung entschlossen ist, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den anderen Entente-Mächten zu fordern. Der „Beobachter“ Amerikas auf der Genfer Konferenz wird sein wissenschaftliches Amtsschreiber vor allem auf die 300 Millionen Dollar führen, die Russland Amerika schuldet.

Moskau. Der Umsturz in Wladivostok ist vollzogen. Merkulow hat sich zu den Japanern gesellt. An der Spitze der neuen Regierung steht Bodryev.

„Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Frieden.

17]

(Nachdruck verboten.)

„Früher, mein Lieb, nichts. Um des Himmels willen, Lieb, sieb' nicht so entsetzt aus! Wir brauchen ja nicht ins Konversationszimmer zu gehen — und auch nicht heute abend mit den andern zu speisen, wenn Du nicht willst. Kleide Dich schnell in Deiner Garderobe um, und dann komm' nach Hause!“

Sie sagte nichts mehr. Schweigend ließ sie sich von Winfried den Gang entlang führen.

Die Tür nach dem Konversationszimmer stand halb offen. In der Mitte desselben hatte sich eine kleine Gruppe gebildet. Ein verschroterter Mann in dunklem Leibrock sprach heftig auf Direktor Tauscher ein, der empört abwehrte. Ein anderer fremder Mann stand etwas abseits, ohne sich an dem Gespräch zu beteiligen, aber ausmerksam zuhörend.

„Ich versichere Sie nochmals, mein Lieber, Sie irre sich.“ schallte soeben die ärgerliche Stimme des Direktors bis zu Winfried und Felicie herüber. „Private Angelegenheiten gehören auch nicht ins Theater. Also bitte, entfernen Sie sich!“

„Wer' ich schon tun. Aber erst geben Sie mir Frau Holms Adresse!“ lautete die in unverschämtem Tone geäußerte Entgegnung.

„Wo zu?“

„Das ist meine Sache. Ich bin Ihr Vater und will Ihre Adresse wissen.“

Direktor Tauscher schwankte.

„Sagen Sie sie nicht, Herr Direktor!“ warnte Sigrid Arnolds aus einer Ecke des Zimmers her.

Mit hämischem Grinsen wandte der Mann sich zu der Sprecherin.

„Sojo, meine kleine Dame! Sie sind also auch mit im Komplott, he! Also — zum letzten Mal: ich will Frau Holms Adresse wissen, eher weich' ich nicht vom Fleck!“

Sein drohender Blick umfaßte sämtliche Anwesende und schweifte dann zur halboffenen Tür hinaus auf den hell erleuchteten Gang.

„Ha, da ist sie ja, das saubere Früchtchen!“ lachte er plötzlich röh auf.

Schon war er zur Tür hinaus. Wie mit eisernem Griff umspannte er Felicies Arm.

„Hört von ihr!“ rief Winfried mit Donnerstimme, den brutalen Angreifer zurückstoßend.

Thomas Giesecke faulzte und wäre zu Boden gestürzt, wenn der Mann, der vorhin dem Portwechsel so interessiert gefolgt war, ihn nicht geholt hätte.

„Das ist sie!“ rütschte Giesecke, heiser vor Angst, und deutete mit dem schwürgigen Daumen auf Felicie. „Tun Sie Ihre Pflicht!“

Der Geheimpolizist näherte sich dem bleichen jungen Weibe und legte die Hand schwer auf ihre Schulter.

„Ich verbiete Sie im Namen des Gesetzes, Felicie Holm, wegen Urkundenfälschung!“

Eine Minute lang herrschte Totenstille. Niemand wagte auch nur, sich zu rühren.

Über Felicie war es wie eine Erstarrung gekommen. Unbeweglich, mit weit aufgerissenen Augen — so stand sie vor ihren Anklägern.

Pöhlisch schwankte sie. Lautlos, wie eine geflüchtete Blume, drückte sie an des Gatten Brust zusammen.

„Pah!“ machte Thomas Giesecke verächtlich, in der Lust ein Schnippen schlagnag. „Alles Kombüde! Ich kenne Ihre Schläge und Tritte — ich, Ihr Vater. Ich will Ihnen sagen, mein sehr ehrenwerter Herr Schwiegervater —“ er verbeugte sich ironisch vor Winfried — „welch nettes Plänzchen Sie geheiratet haben! Ihr alle —“ mit einer großen Geste nach den übrigen hin — „könn' zuhören!“

Eine leichte Bewegung entstand unter den Schauspielern. Nur Winfried stand noch immer auf demselben Fleck und streichelte zärtlich das bleiche Gesichtchen mit den geschlossenen Augen, das so bangstig still an seiner Brust ruhte.

„Zum Kuckuck auch! Seid ihr denn alle stumm geworden?“ schimpfte Giesecke grob. „Habt doch sonst genügend Interesse für Sensationsgeschichten! Sperrt Nase, Mund und Ohren nur lächig auf! Ihr werdet was zu hören kriegen!“

Mit diabolischem Grinsen blickte er sich im Kreise um. Doch nirgends fand er das gewünschte Interesse. Im Gegenteil! In aller Mienen stand deutlich Mitleid mit dem armen Opfer geschrieben und Wünschen vor dem brutalen Ankläger.

Eine Handbewegung des Direktors, ein bittender, beredter Blick aus Sigrid Arnolds Augen — in ernstem Schweigen zog das ganze Personal sich zurück.

Ein Seufzer der Erleichterung hob Winfrieds Brust. Jetzt konnte man verhandeln. Jetzt mußte sich die ganze Sache auflösen.

Behutsam ließ er Felicie auf den Boden niedergleiten und bespritzte ihr blaßes, ach, so todesblaßes Gesicht mit kaltem Wasser.

Es dauerte nicht lange, da schlug sie auch die Augen

auf. Beim Anblick des Stiefvaters überließ ein Zittern ihre Glieder.

Das Spiel ist aus!